



Israel und die palästinensischen Gebiete



Israel

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
7,8 Millionen	Juden	75%
	Muslime	17%
	Christen	2%
	sonstige	6%

Palästinensische Gebiete

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
4,5 Millionen	Muslime	98%
	Christen	1%
	sonstige	1%

Komplizierte territoriale Verhältnisse

Die territorialen Verhältnisse in Israel und den Palästinensischen Gebieten sind äußerst kompliziert und seit Jahrzehnten Grund für schwere Spannungen und bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern. Zahlreiche Versuche unter internationaler Beteiligung, den Konflikt zu lösen, sind bisher gescheitert; eine friedliche Lösung dieses Nahostkonflikts ist weiterhin nicht in Sicht.

Das Westjordanland wurde im Juni 1967 im „Sechstagekrieg“ von Israel erobert und steht seither unter israelischer Militärverwaltung. Auch Ost-Jerusalem wurde im „Sechstagekrieg“ von Israel erobert. Das Westjordanland, Ost-Jerusalem und der Gazastreifen bilden zusammen die „Palästinensischen Gebiete“. Aus palästinensischer Sicht gilt Ost-Jerusalem, für einige Palästinenserorganisationen auch ganz Jerusalem, als Hauptstadt eines zukünftigen Palästinenserstaates.

Am 15. November 1988 wurde in Algier von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) der Staat Palästina als Staat der Palästinenser ausgerufen. Zum Staatsgebiet rechnet die PLO das von Israel seit 1967 besetzte Westjordanland und den Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Da die PLO sich damals im Exil befand und keine Kontrolle über die beanspruchten Gebiete ausübte, war diese Staatsgründung symbolisch zu verstehen. 1974 wurde die PLO von den Vereinten Nationen als Interessenvertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt einen Sonderstatus, der es



Israel und die palästinensischen Gebiete

Vertretern der PLO erlaubte, an UN-Sitzungen teilzunehmen, jedoch vorerst ohne Rederecht.

Nach Abschluss der Osloer Verträge zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wurde 1994 die „Palästinensische Autonomiebehörde“ gegründet. Nach diesen Verträgen bestehen die „Palästinensischen Autonomiegebiete“ aus dem Gaza-Streifen und vierzig Prozent des Westjordanlandes.

Bis heute wird der 1988 ausgerufene Staat Palästina von 135 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen als unabhängiger Staat anerkannt. Auch der Heilige Stuhl, der bei den Vereinten Nationen Beobachterstatus besitzt, verwendet seit Januar 2013 in seinen Dokumenten die Bezeichnung „Staat Palästina“. Am 26. Juni 2015 wurde im Vatikan von den jeweiligen Außenministern ein Grundlagenvertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Palästina unterzeichnet, in dem der Status der katholischen Kirche und das kirchliche Leben in Palästina geregelt werden. In dem Vertrag wird auch die friedliche Beilegung des Israel-Palästina-Konfliktes durch eine Zwei-Staaten-Lösung angesprochen. Der vatikanische Außenminister, Erzbischof Paul Richard Gallagher, zeigte sich überzeugt, dass dieser Vertrag ein Modell sein könne auch für andere arabische Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit. Er sei ein „gutes Beispiel für Dialog und Zusammenarbeit“ in der Region des Nahen Ostens, wo Christen in einigen Ländern Verfolgungen ausgesetzt seien. Die israelische Regierung dagegen äußerte sich kritisch zu dem Vorgang und gab bekannt, dass sie diesen Vertrag nicht akzeptieren werde.

Christen im Heiligen Land

Etwa seit dem 4. Jahrhundert wird das Gebiet, auf dem Jesus von Nazareth gelebt und gewirkt hat, von den Christen als „Heiliges Land“ bezeichnet. Zu dieser Region zählen Jerusalem, das heutige Israel, die Palästinensischen Gebiete und kleine Teile des heutigen Jordanien, Syrien und Libanon. Bezieht man auch noch die Flucht vor Herodes mit ein, so kann man auch Ägypten zum Heiligen Land rechnen. Das Heilige Land stellt die Ursprungsregion des Christentums dar und hat für die Christen bleibende Bedeutung, was auch darin zum Ausdruck kommt, dass jährlich Hundertausende von christlichen Pilgern diese Region besuchen.



Wegen der grundlegenden Bedeutung des Heiligen Landes für das Christentum sind hier fast alle christlichen Kirchen und Konfessionen vertreten. Viele der bedeutendsten Ursprungsorte des Christentums liegen in den Palästinensischen Gebieten, so zum Beispiel Bethlehem oder die Grabeskirche in der Altstadt von Jerusalem, die zu Ost-Jerusalem gerechnet wird.

Mit der Klagemauer, also der Westmauer des ehemaligen jüdischen Tempels, und mit dem Tempelberg mit dem Felsendom und der Al-Aksa-Moschee haben auch das Judentum und die islamische Weltgemeinschaft einige ihrer wichtigsten Heiligtümer in Jerusalem.

Die Lebensverhältnisse der Christen in Israel und in den Palästinensischen Gebieten sind maßgeblich von der komplizierten politischen Situation geprägt. Die Christen bilden eine kleine Minderheit von rund zwei Prozent innerhalb einer mehrheitlich jüdisch bzw. muslimisch geprägten Region. Sprachlich gehören die Christen überwiegend zu den Arabern. Palästinensische Christen in Israel haben zwar grundsätzlich die gleichen Rechte wie ihre jüdischen Mitbürger, beklagen aber im Alltag häufige Diskriminierungen. In den von Israel besetzten Palästinensischen Gebieten leiden die Christen wie die anderen Palästinenser unter den rigiden Maßnahmen der israelischen Besatzungsmacht, wie zum Beispiel eingeschränkten Bewegungsmöglichkeiten und häufigen Demütigungen an den israelischen Kontrollpunkten. Darunter leiden auch die Verbindungen der christlichen Gemeinden untereinander. Durch die israelischen Restriktionen ist den palästinensischen Christen der Zugang zu den heiligen Stätten in Jerusalem erschwert und teilweise unmöglich. Wegen dieser komplizierten Lage, die viele Beeinträchtigungen im Alltagsleben mit sich bringt und zum Teil auch zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt, sind in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten viele Christen aus dieser Region ausgewandert, so dass die Zahl der einheimischen Christen laufend geringer wird. Ein gewisser Ausgleich erfolgt vor allem in Israel durch christliche Arbeitsmigranten aus anderen Ländern, so dass zumindest in Israel die Zahl der Christen insgesamt konstant ist oder sogar leicht steigt.

Ungleichbehandlung trotz garantierter Religionsfreiheit

Da der Staat Israel bis heute keine formale Verfassung hat, muss für die Bestimmungen hinsichtlich der Religionsfreiheit auf die Unabhängigkeitser-



Israel und die palästinensischen Gebiete

klärung aus dem Jahr 1948 Bezug genommen werden. Gemäß dem Text der Unabhängigkeitserklärung ist „der Staat Israel für die jüdische Immigration und die Integration derer, die im Exil leben, offen. [...] Er garantiert allen seinen Einwohnern vollständige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte, unabhängig von Religion, Rasse oder Geschlecht; gewährt Religions- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Bildung und Kultur; schützt die Heiligen Stätten aller Religionen; und respektiert Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.“

Das Judentum ist keine Staatsreligion in Israel. Die staatlichen Einrichtungen sind säkular und arbeiten nach dem Modell westlicher Demokratien. Trotzdem überwiegen die spezifischen Regeln und Traditionen des Judentums im sozialen Umfeld, etwa die Einhaltung des Sabbats, die koscheren Speisen usw. Dies kann zu Spannungen zwischen strenggläubigen Juden und nichtreligiösen Juden führen.

Nichtjüdische Staatsbürger haben theoretisch dieselben zivilen Rechte und Pflichten wie jüdische Staatsbürger. In der Praxis können sie an den Wahlen teilnehmen, politischen Parteien angehören und in das Parlament gewählt werden (in der Knesset haben zurzeit arabische Staatsbürger – Christen wie Muslime – neun Sitze bei einer Gesamtzahl von 120 Abgeordneten). Dennoch spielen sie eine unbedeutende Rolle in der Politik und werden, mit einigen Ausnahmen wie etwa die Drusen, nicht zum Wehrdienst einberufen. Der aktuelle Premierminister und Regierungschef, Benjamin Netanjahu, spricht sich jedoch für die automatische Zulassung der Christen zum israelischen Militärdienst aus.

Innerhalb des Staates, der 2013 nach Angaben des Zentralamtes für Statistik 8 Millionen Einwohner zählte, leben 1,7 Millionen Araber (82% Muslime, 10% Christen und 8% Drusen), das sind rund 21% der Bevölkerung. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung leben in Israel 2% Christen, die mehrheitlich Araber sind, auch wenn es eine Minderheit von Hebräisch sprechenden Christen und Armeniern gibt, ebenso eine Vielzahl von Gastarbeitern aus den Philippinen, Indien und anderen Ländern. Nichtsdestoweniger genießt alles, was mit dem Judentum zu tun hat, de facto eine Vorrangstellung. Das bewirkt eine ungleiche Behandlung muslimischer und christlicher Staatsbürger, besonders wenn sie arabischer Abstammung sind. Darunter fallen auch



bestimmte Arten von Arbeitsplätzen, die für Nichtjuden nicht zugänglich sind, ebenso staatliche Zuschüsse. Außerdem hat der palästinensische Ehepartner eines israelischen Staatsbürgers kein Anrecht darauf, auf israelischem Gebiet wohnhaft zu werden und die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Diese Bestimmung, die seit 2002 in Kraft ist, wurde mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz eingeführt, das die Knesset im Januar 2012 verabschiedete und das vom israelischen Obersten Gericht bestätigt wurde.

Probleme durch den israelischen Grenzzaun

Stark eingeschränkt wird die Bewegungsfreiheit vieler palästinensischer Bürger durch die Sperranlagen, die die israelische Regierung nach einer Welle von Selbstmordanschlägen errichten ließ. Mit dem Bau wurde im Juni 2002 begonnen. Die Absperrung verläuft entlang der Grenzlinie zwischen Israel und dem Westjordanland und wird überwiegend auf dem Territorium des Westjordanlandes errichtet. Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen hat die Errichtung dieses Grenzzauns daher als völkerrechtswidrig verurteilt. Wenn sie fertiggestellt ist, soll die Grenzanlage eine Länge von rund 760 Kilometern erreichen.

An vielen Stellen der Sperranlage sind Landbesitzer durch den Sicherheitszaun von ihren Olivenhainen, Weinbergen und landwirtschaftlich genutzten Flächen abgeschnitten worden. Und obwohl sie offizielle Genehmigungen für den Zugang zu ihren Flächen haben, berichten palästinensische Landbesitzer immer wieder von Schikanen durch israelische Soldaten, die sie an den Durchgangsstellen nicht auf die andere Seite des Zauns lassen, um ihre landwirtschaftlichen Güter zu bewirtschaften.

Von den Problemen mit der Sperranlage sind auch Christen betroffen. So zum Beispiel das Kloster der Salesianer Don Boscos im Cremisantal in Beit Jala, einer palästinensischen Stadt rund zehn Kilometer südlich von Jerusalem und zwei Kilometer von Bethlehem, die überwiegend von Christen bewohnt wird. Auf dem Klosterareal gibt es ein Männerkloster mit einem Weinkeller und ein Frauenkloster mit einer christlichen Schule. Wenn die Sperranlage nach den ursprünglichen Plänen der israelischen Regierung errichtet wird, würde das Klosterareal auf der israelischen Seite der Anlage liegen und wäre damit abgeschnitten von Beit Jala und von Bethlehem und damit von den Gläubigen,



Israel und die palästinensischen Gebiete

die bislang in enger Beziehung zum Kloster stehen, wie zum Beispiel Schülern, Arbeitern und Zulieferern. Auch mehr als fünfzig christliche Familien würden durch den Grenzzaun von ihrem Land abgeschnitten werden. Seitdem die Pläne 2006 beschlossen wurden, gab es heftige Proteste von palästinensischer Seite und die Sperranlage wurde vorläufig nicht gebaut. Später wurden die Pläne für den Verlauf geändert, so dass zumindest das Frauenkloster mit der Schule auf palästinensischer Seite liegen würde, das Männerkloster aber weiterhin auf israelischer Seite. Nachdem der Oberste Gerichtshof von Israel im April 2015 entschieden hatte, dass die Mauer nicht wie geplant gebaut werden darf, hat der israelische Verteidigungsminister im August 2015 beschlossen, die Mauer dennoch wie geplant zu errichten, nur in der Nähe des Klosters soll eine „Lücke“ in der Mauer bleiben. Mit der Rodung von Olivenbäumen wurde inzwischen begonnen. Im Gespräch mit Radio Vatikan äußerte sich der Kustos im Heiligen Land, Pater Pierbattista Pizzaballa, zu den Vorgängen: „Als es noch keine Mauer gab, hatten die 58 Familien hier durch eine geordnete Arbeit die Möglichkeit, sich zu ernähren. Nun müssen sie neue Wege finden, um zu überleben.“

Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

Stark eingeschränkt ist generell die Bewegungsfreiheit der Einwohner der Palästinensischen Gebiete. Für eine Reise zum Beispiel aus dem West-Jordanland nach Ost-Jerusalem ist eine besondere Erlaubnis durch die israelischen Behörden erforderlich. Konkret: Für einen Christen aus Bethlehem kann es schwierig bis unmöglich sein, in die nur wenige Kilometer entfernt liegende Altstadt von Jerusalem, die zu Ost-Jerusalem gezählt wird, zu gelangen, um dort zum Beispiel die Grabeskirche zu besuchen. Das gilt selbst für Priester und Ordensleute.

Auch die Bestimmungen zur Erteilung eines Visums machen es für Seminaristen in der Priesterausbildung immer wieder schwierig, in das Priesterseminar des Lateinischen Patriarchats zu gelangen. Dieses liegt in Beit Jala, nahe Bethlehem, im Westjordanland. Da das Lateinische Patriarchat von Jerusalem neben Israel und den Palästinensischen Gebieten auch das Gebiet von Jordanien und Zypern umfasst, sind unter den Seminaristen auch zahlreiche junge Männer aus diesen Regionen. Allein der Anteil jordanischer Seminaristen macht rund zwei Drittel aus. Die Visa der jordanischen Studenten gelten



heute oft nur noch für eine einmalige Reise ins Westjordanland, während früher solche Visa mehrfache Reisen erlaubten. Weihbischof William Shomali aus Jerusalem kommentierte diese Entwicklung mit den Worten: „Die israelische Gesetzgebung bestimmt, dass alle Bürger gleich sind und garantiert ihnen die Religionsfreiheit. Tatsächlich aber haben wir große Probleme, Visa für unsere Priester und Seminaristen zu erhalten.“

Christliche Gemeinschaften im Gaza-Streifen

Für die kleine christliche Minderheit im Gaza-Streifen haben sich die Lebensumstände – abgesehen von den gravierenden Problemen durch immer wieder aufflammende militärische Auseinandersetzungen zwischen militanten Palästinensern und der israelischen Armee und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Not – auch dadurch verschlechtert, dass die Gesellschaft dort seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 durch eine zunehmende Islamisierung geprägt ist. Die Hamas (arabisch für „Eifer“, zugleich stehen diese Buchstaben für die Anfangsbuchstaben einer arabischen Formulierung für „Islamische Widerstandsbewegung“) ist eine sunnitisch-islamistische Palästinenserorganisation, die den Staat Israel mit terroristischen Mitteln beseitigen und einen islamischen Staat errichten will. In der dichtbesiedelten Region mit insgesamt 1,5 Millionen Einwohnern gibt es nur noch rund 1300 Christen. Sie stehen unter zunehmendem Druck, sich den islamischen Lebensgewohnheiten anzupassen. Christliche Frauen sehen sich mehr und mehr gezwungen, sich nach islamischen Vorschriften zu kleiden. Zuweilen kommt es auch zu gezielten Angriffen auf christliche Einrichtungen. Die griechisch-orthodoxe Gemeinschaft – die größte unter den christlichen Konfessionen im Gaza-Streifen – wartet bis heute auf die Baugenehmigung für eine neue Kirche im Zentrum von Gaza-Stadt. Palästinenserpräsident Jassir Arafat hatte der Gemeinde im Jahr 1998 dafür ein Grundstück zur Verfügung gestellt. Nach den ursprünglichen Plänen sollten dort eine Kirche und eine Moschee in nächster Nachbarschaft gebaut werden. Der Leiter der Sonntagsschule der griechisch-orthodoxen Kirche, Jaber al-Jilda, sagte zu der Angelegenheit: „Die Moschee wurde inzwischen gebaut. Gegen den Bau der Kirche direkt neben der Moschee wurden aber ablehnende Stimmen laut. Später haben dann Verantwortliche der Moscheegemeinde einen Zaun um das ganze Grundstück errichtet. Um Probleme zu vermeiden, haben wir uns still verhalten.“ Muslimische Behördenvertreter behaupten nun, die Kirchengemeinde habe nach



Israel und die palästinensischen Gebiete

den Protesten freiwillig auf das Grundstück verzichtet, sich aber der gemeinsamen Suche nach einem anderen Grundstück verweigert.

Angriffe von ultraorthodoxen Juden

Gelegentlich kommt es zu Aktionen ultraorthodoxer Juden gegen christliche Gemeinden. Die Organisation „Yad L’Achim“ („Eine Hand für die Brüder“), die sich ursprünglich für jüdische Neuankömmlinge in Israel eingesetzt hat, kämpft heute vornehmlich gegen christliche missionarische Tätigkeiten und gegen jüdisch-arabische Eheschließungen. Eine besondere Zielgruppe sind dabei die messianischen Juden, die sich selbst weiterhin als Juden verstehen, zugleich aber auch an Jesus Christus („Yeshua“) als ihren Messias glauben. Bei einer Kundgebung in 2011 bezeichneten Vertreter von „Yad L’Achim“ die messianischen Juden als ebenso gefährlich für das Judentum wie Hitler.

Auch auf christliche Kirchen wurden von ultraorthodoxer jüdischer Seite wiederholt Anschläge verübt. Seit 2011 nahmen die Feindseligkeiten eklatant zu, unter anderem gegen Priester, auf die gespuckt wurde, gegen Mönche und Nonnen, die in Ordenskleidung auftraten, und gegen Menschen, die ein Kreuzifix trugen.

Im Januar 2011 hielt der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Fouad Twal, eine Begrüßungsrede vor europäischen und nordamerikanischen Bischöfen, die zu ihrer jährlichen Pilgerreise ins Heilige Land gekommen waren. Unter anderem sagte er: „Es gibt zwei extremistische Strömungen, die uns noch immer große Sorgen machen. Auf der einen Seite die Muslime mit ihren Angriffen gegen unsere Kirchen und unsere Gläubigen, und auf der anderen Seite der rechte israelische Flügel, der sich in Jerusalem immer mehr ausbreitet und versucht, diese Stadt in eine rein hebräische und jüdische Stadt zu verwandeln, die andere Glaubensrichtungen ausschließt.“

Im Laufe des Jahres 2012 kam es wiederholt zu Akten von Vandalismus gegenüber christlichen Einrichtungen, bei denen christliche Gebäude mit antichristlichen Graffiti besprüht wurden („Tod der Christenheit“, „Wir werden euch kreuzigen“, „Jesus ist tot“, „Maria war eine Prostituierte“). Auf die Mauern einer baptistischen Kirche in der Narkis-Straße und des griechisch-orthodoxen Kreuz-Klosters wurden jüdische Buchstaben gemalt und



der christliche Friedhof des Berges Zion wurde mit Fluchworten verschandelt. Im September 2012 gab es einen Angriff auf das Trappistenkloster von Latrun 15 Kilometer westlich von Jerusalem.

Polizei und Justiz zeigten sich zuweilen zögerlich in der Strafverfolgung. Pater Pierbattista Pizzaballa, Kustos des Heiligen Landes, beklagte sich im Februar 2012 über diesen Zustand in einem Brief an den damaligen israelischen Präsidenten Shimon Peres: „In den vergangenen Jahren haben wir gelernt, Provokationen zu ignorieren und unseren Alltag weiterzuleben. Aber diesmal scheint es, als haben sie eine Grenze überschritten, und wir können dazu nicht mehr schweigen. Diese feindlichen Parolen, die auf die Mauern von christlichen Stätten, hauptsächlich in Jerusalem, gemalt sind, verletzen sowohl die Gefühle aller Christen als auch die der hunderttausenden von Pilgern, die Jerusalem und das Heilige Land besuchen.“ Der Priester bat das Staatsoberhaupt, seine Macht und seinen Einfluss bei den Behörden zu nutzen, „damit diese gefährliche Haltung ausgelöscht und diese Aktionen gestoppt werden, bevor sie zur Gewohnheit gegen Christen in Israel werden“.

Im August 2013 verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf den Konvent der Bethlehem-Schwester in Beit Jelal und beschmierten die Mauern des Klosters mit Parolen in hebräischer Schrift, darunter auch „Tod den Nichtjuden!“. Am 18. Juni 2015 war das erst 2012 fertiggestellte Benediktinerkloster in Tabgha am Nordufer des Sees Genezareth Ziel eines Brandanschlags. Dabei wurde der Südflügel des Klosters weitgehend zerstört, der Schaden lag bei mehr als einer Million Euro. Auch in diesem Fall hinterließen die Täter an einer Mauer eine Parole in hebräischer Sprache: „Falsche Götzenbilder müssen zerschlagen werden.“ Gegen zwei Verdächtige wurde Anklage erhoben. Die beiden jungen Männer sollen einer extremistischen Gruppe der jüdischen Siedlerbewegung angehören.

Viele Anschläge dieser Art stehen in Verbindung mit der sogenannten „Preisschild“-Bewegung. Dabei handelt es sich um eine seit Jahren aktive Bewegung extremistischer Juden, deren Aktionen sich gegen Personen und Einrichtungen richten, die die jüdische Besiedlung der von Israel besetzten Gebiete nicht genügend unterstützen oder ihr im Weg stehen. Sie hätten dafür deshalb einen Preis zu bezahlen. Aktionen der Extremisten zielen gegen Palästinenser und islamische Einrichtungen, etwa Moscheen, aber auch gegen



Israel und die palästinensischen Gebiete

israelische siedlungskritische Organisationen und die Sicherheitskräfte. Beobachtern zufolge wählen die Täter christliche Einrichtungen einerseits wegen ihrer anti-christlichen Ressentiments aus, andererseits, weil sie sich davon eine erhöhte internationale Medienaufmerksamkeit für ihre politischen Ziele erhoffen.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt.

September 2013: Vier Jugendliche wurden von der Polizei festgenommen. Sie hatten auf dem christlichen Friedhof in der Nähe des Davidsgrabs am Zionsberg Grabsteine umgeworfen und geschändet. Insgesamt fünfzehn Grabsteine wurden beschädigt.

Oktober 2013: Auf Anordnung der israelischen Behörden wurde das Wohnhaus einer vierzehnköpfigen Familie zerstört. Das Haus stand auf einem Grundstück, das dem Lateinischen Patriarchat von Jerusalem gehört. Das Grundstück befand sich in seinem Besitz schon zu einer Zeit, als der Staat Israel noch gar nicht existierte. Patriarch Fouad Twal sagte dazu: „Dies ist ein kirchliches Grundstück und wird es auch immer bleiben. Das israelische Innenministerium wie auch die Stadtverwaltung in Jerusalem wussten sehr genau, dass das Grundstück dem Patriarchat gehört.“ Der Abriss des Gebäudes erfolgte ohne Vorwarnung. Patriarch Fouad Twal sprach von einem „Akt des Vandalismus, im Widerspruch zu den israelischen Gesetzen und im Widerspruch zu internationalem Recht“. Dies sei ein „Zeichen für die Verschärfung der Lage“ und helfe in keiner Weise dem Friedensprozess.

Dezember 2013: Der christliche Parlamentsabgeordnete Hana Swaid machte den Vorschlag, im Eingangsbereich der Knesset oder an einem anderen geeigneten sichtbaren Ort einen Weihnachtsbaum aufzustellen, als Zeichen des Entgegenkommens gegenüber den Christen in Israel, deren Kirchen in der vergangenen Zeit immer wieder Ziel von „Preisschild“-Anschlägen gewor-



Israel und die palästinensischen Gebiete

den waren. Der Sprecher des Parlaments, Yuli Edelstein, wies diesen Vorschlag jedoch zurück. Solch ein Weihnachtsbaum würde nur „schmerzhafte Erinnerungen“ bei den Juden hervorrufen. Zudem kritisierte er die ständigen Versuche der arabischen Abgeordneten im israelischen Parlament, die Grenzen des jüdischen Staates herauszufordern.

Februar 2014: Ohne nennenswerte Schäden ging zum Glück ein Sprengstoffanschlag aus, der auf dem Gelände der römisch-katholischen Kirchengemeinde in Gaza-Stadt verübt wurde. Hier befinden sich die Kirche, ein Kindergarten, eine Schule, das Pfarrhaus und ein Kloster. Der Sprengkörper hatte nur ein kleines Format. An den Wänden fanden sich Graffiti, unter anderem der Satz: „Wir kriegen euch bald, ihr Kreuzesanbeter!“

Mai 2014: Vom 24. bis 26. Mai 2014 besuchte Papst Franziskus das Heilige Land. Stationen seiner Reise waren die jordanische Hauptstadt Amman, Bethlehem, Tel Aviv und Jerusalem. Auf dem Programm standen Begegnungen mit den Staatsoberhäuptern von Jordanien, der Palästinensischen Autonomiebehörde und Israels, mit hochrangigen Politikern, mit Bischöfen, Priestern, Ordensleuten und zahlreichen Gläubigen, mit Flüchtlingsfamilien, mit behinderten Menschen und mit den religiösen Führern der jüdischen und muslimischen Gemeinschaft. Höhepunkt und Hauptanlass der Papstreise war ein ökumenischer Gottesdienst mit Vertretern der verschiedenen Kirchen und Konfessionen im Heiligen Land in der Anastasis, der Grabes- bzw. Auferstehungskirche in Jerusalem. Dabei wurde an die historische Begegnung zwischen dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras und Papst Paul VI. in Jerusalem vor genau fünfzig Jahren erinnert. Einen besonderen Eindruck hinterließ auch ein spontaner Besuch des Papstes an der israelischen Sperrmauer, wo er einen Moment in Stille verbrachte. Eine besondere Frucht dieser Papstreise ins Heilige Land war ein Gebetstreffen in Rom in den Vatikanischen Gärten am Abend des 8. Juni 2014 (Pfingstsonntag), an dem die Präsidenten der verfeindeten Staaten Israel und Palästina teilnahmen: Shimon Peres und Mahmud Abbas. Auch der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. und der Franziskanerkustos des Heiligen Landes, Pater Pierbattista Pizzaballa, waren zugegen. Papst Franziskus hatte am Ende der heiligen Messe, die er in Bethlehem mit rund zehntausend Gläubigen gefeiert hatte, zu dieser außergewöhnlichen Friedensinitiative eingeladen mit den Worten: „An diesem Ort, wo der Friedensfürst geboren wurde, möchte ich



Israel und die palästinensischen Gebiete

an Sie, Herr Präsident Mahmoud Abbas, und an Herrn Präsidenten Shimon Peres eine Einladung richten, gemeinsam mit mir ein intensives Gebet zu erheben und von Gott das Geschenk des Friedens zu erleben. Ich biete mein Haus im Vatikan an, um dieses Gebetstreffen zu beherbergen.“ Vatikansprecher Federico Lombardi bezeichnete diese Initiative des Papstes hinterher als einen starken Beitrag zum Friedensprozess im Heiligen Land. Gegenüber Radio Vatikan sagte er: „Der Papst spricht immer über die Kultur der Begegnung: Genau das war dieses Treffen, eine Begegnung zwischen Menschen im Zeichen des Glaubens.“ Am Ende des rund 90-minütigen Treffens in den Vatikanischen Gärten war es zu herzlichen Umarmungen gekommen, auch die Präsidenten Shimon Peres und Mahmoud Abbas hatten einander umarmt. „Das war eine Art Befreiung der Protagonisten, der Völker, die aufrichtig den Frieden wünschen, aber Mühe haben, den rechten Weg zu finden. Diese Umarmung hat die Sehnsucht nach Frieden sehr gut ausgedrückt“, so Pater Lombardi. Und weiter: „Der Papst spricht so oft von den Überraschungen in der Geschichte, die vom Heiligen Geist kommen können, wenn er einschreitet. Das Treffen hat zu Pfingsten stattgefunden, am Tag der Ausgießung des Geistes, der die Schöpfung erneuert. Wir glauben, dass etwas Neues immer möglich ist, und darum bitten wir Gott und versuchen, uns mit ihm auf den Weg zu machen.“

Mai 2014: Die Mauern einer rumänisch-orthodoxen Kirche in Jerusalem wurden mit Graffiti beschmiert. Unter anderem lauteten die Parolen: „Preisschild. König David ist für die Juden. Jesus ist Müll.“ In der Jerusalemer Altstadt fanden sich Graffiti an einem christlichen Wohnhaus mit den Worten: „Tod den Arabern!“ Diese anti-christlichen Aktionen passierten kurz nachdem der franziskanische Kustos des Heiligen Landes an die israelische Öffentlichkeit appelliert hatte, mehr für den Schutz der heiligen Stätten der Christen zu tun.

Mai 2014: Israelische Soldaten zerstörten den Obstgarten auf dem landwirtschaftlichen Grundstück einer palästinensischen Familie in Daher Nassar in der Nähe von Bethlehem. Ein Sprecher des Militärs sagte, die Obstbäume seien illegal auf staatlichem Grund gepflanzt worden. Auf dem landwirtschaftlichen Gut wird ein Freizeit- und Begegnungszentrum betrieben, das der Friedensförderung dienen soll und den Namen „Zelt der Völker“ („Tent of Nations“) trägt. Dieses Zentrum ist Treffpunkt für Studenten aus Israel,



Israel und die palästinensischen Gebiete

Rabbiner und Friedensaktivisten aus ganz Europa und Amerika. Gründer und Leiter des Projektes ist Daoud Nassar, ein evangelisch-lutherischer Christ. Zu dem Vorfall sagte er: „Wir wollen eine bessere Zukunft aufbauen, auf gewaltfreiem Weg, ohne Hass. Unsere Antwort auf diese Ungerechtigkeit wird niemals von Gewalt geprägt sein. Wir werden aber auch nie aufgeben und nicht von diesem Ort weichen.“

November 2014: Polizeibeamte weigerten sich, den Angriff auf die freikirchliche Gemeinschaft „Living Bread International Church“ in Ost-Jerusalem aufzuklären. Dabei wurden auch drei Christen angegriffen und ein Auto gestohlen. Der Anschlag militanter Palästinenser zielte offensichtlich darauf, die christliche Gemeinschaft aus dem angemieteten Haus zu vertreiben. Ein Rechtsanwalt erklärte: „Die Beamten haben Fotos und Namen und kennen sogar die Ausweisnummern der Täter. Trotzdem tun sie nichts. Sie wollen der Gemeindeleiterin Karen Dunham nicht helfen.“

Dezember 2014: Der Kustos des Heiligen Landes, Pater Pierbattista Pizza-balla, berichtete, dass innerhalb der vergangenen zwei bis drei Monate 19 christliche Familien ihre Heimat Bethlehem verlassen hätten, um nach Europa bzw. in die USA umzusiedeln. Die gegenwärtige Verfolgung von Christen durch den „Islamischen Staat“ (IS) „verstärkte bei den Gläubigen das Gefühl, dass es für die Christen im Nahen Osten keine Zukunft mehr gebe, dass sie hier nicht erwünscht seien. Dazu komme die Enttäuschung, dass es noch immer keinen Frieden im Land gebe.“

Februar 2015: Auf das Priesterseminar der griechisch-orthodoxen Kirche in Jerusalem wurde ein Brandanschlag verübt. Die Täter gossen brennbare Flüssigkeit durch ein Fenster und entzündeten sie. Auf die Wände wurden in hebräischer Schrift anti-christliche Parolen gesprüht, unter anderem: „Jesus ist der Sohn einer Hure.“ Der Bürgermeister von Jerusalem, Nir Barkat, verurteilte den Anschlag und sagte, in Jerusalem dürfe kein Platz sein für solch schändliche Aktivitäten. Auch in einer Grundschule in Nablus wurden mutwillige Zerstörungen angerichtet, ebenso in einer Moschee in der Nähe von Bethlehem.

März 2015: Die Organisation „Yad L’Achim“ rief die Abgeordneten der beiden an der Regierung beteiligten ultra-orthodoxen Parteien Schas und



Israel und die palästinensischen Gebiete

Vereinigtes Thora-Judentum auf, sich im Parlament (Knesset) für ein neues Gesetz stark zu machen, das die Aktivitäten von messianischen Juden und Christen in Israel einschränkt. Pläne für solch ein Gesetz gab es auch schon unter der vorherigen Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. In einem Brief von „Yad L’Achim“ an die Abgeordneten hieß es: „Wir können nicht genug betonen, wie dringend solch ein Gesetz gegen missionarische Aktivitäten in Israel ist. ... In den vergangenen 19 Jahren sind mehr Juden zum Christentum konvertiert als in den 19 Jahrhunderten zuvor.“

April 2015: Auf einem christlichen Friedhof der maronitischen Kirche in Kufr Birim nahe der Grenze zum Libanon wurden Gräber geschändet und Kreuze zerstört. Die Täter gehörten offensichtlich zur „Preisschild“-Bewegung. Der israelische Präsident Reuven Rivlin sagte Kirchenvertretern in Jerusalem zu, der Staat werde hart durchgreifen, um religiös motivierte Gewalt dieser Art zu verhindern.

April 2015: Nach neunjährigen Auseinandersetzungen erklärte der Oberste Gerichtshof Israels im April 2015, dass der geplante Verlauf des israelischen Sicherheitszauns im Cremisantal in der Nähe der Ortschaft Beit Jala unzulässig sei und verpflichtete die israelische Armee, einen alternativen Verlauf zu finden, durch den es keine Beeinträchtigung für die lokale Bevölkerung und zwei betroffene Klöster geben würde. Nach den ursprünglichen Plänen würde der Grenzzaun das Gelände der Klosteranlage durchschneiden und 58 palästinensische Familien von ihren landwirtschaftlichen Gütern trennen. Im Juli 2015 aber korrigierte dasselbe Gericht sein Urteil und gestattete den Mauerbau, mit der Auflage, ein 200 Meter langes Stück rund um die Einrichtungen des Männer- bzw. Frauenklosters auszusparen. Überrascht und fassungslos zeigte sich Weihbischof William Shomali über dieses jüngste Urteil: „Wir sind überrascht von diesem unglaublichen Urteil, das die Arbeiten nun ohne weitere Berufungsmöglichkeit genehmigt“, sagte der Bischof gegenüber der Nachrichtenagentur Fides. Man sei bemüht, die Gründe für die Urteilsänderung zu verstehen, so Shomali. Und er überlegte: „Die drastische Änderung im Vergleich zum vorherigen Urteil könnte eine Reaktion auf die jüngste offizielle Anerkennung des Staates Palästina durch den Heiligen Stuhl sein. Es hatte keine großartigen formellen Reaktionen auf diese Anerkennung gegeben. Nun haben wir das Gefühl, dass wie bereits in anderen Fällen eine Antwort durch politische Fakten gegeben wird.“



Kirche in Not

ACN DEUTSCHLAND

Israel und die palästinensischen Gebiete

Juni 2015: Extremistische Juden scheinen hinter einem Brandanschlag auf die Brotvermehrungskirche in Tabgha am 18. Juni 2015 zu stecken. Dabei wurde der Südflügel des angrenzenden Benediktinerklosters weitgehend zerstört, der Schaden lag bei mehr als einer Million Euro. Eine Graffiti-Schmiererei mit den Worten „Falsche Götzenbilder müssen zerschlagen werden“ deutet auf Täter aus der jüdischen Siedlerbewegung hin. Direkt an die Kirche angeschlossen ist ein Benediktinerpriorat, das zur Dormitio-Abtei in Jerusalem gehört. Im Gespräch mit KIRCHE IN NOT, das auf dem Gelände ein Oratorium finanziert hat, äußerte Weihbischof William Shomali seine Sorge, dass sowohl die Zahl extremistischer Juden als auch ihr Grad der Intoleranz zunehmen. Schon im April 2014 hatte eine extremistische jüdische Gruppe Kreuze und einen Altar in der Brotvermehrungskirche geschändet. Einige namhafte jüdische Rabbiner starteten nach dem Anschlag im Juni 2015 eine Spendenaktion, um die Wiederherstellung der Kirche finanziell zu unterstützen und „die Freundschaft zwischen Juden und Christen nach dieser unglücklichen Episode“ zu betonen.

Juni/Juli 2015: Ende Juni 2015 wurden in Jerusalem Flugblätter verteilt, auf denen die Christen der Stadt aufgefordert wurden, bis zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan am 18. Juli Jerusalem zu verlassen. Sollten sie dann nicht zum Islam konvertieren, drohe ihnen der Tod. Die dahinterstehende Gruppe bezeichnete sich selbst als „Islamischer Staat in Palästina“. Weihbischof William Shomali aus Jerusalem reagierte mit den Worten: „Natürlich gibt es unter den Christen im Heiligen Land eine gewisse Sorge wegen dieser Flugblätter, aber es ist nur eine gemäßigte Besorgnis. ... Es gibt diese Bedrohung. Wenn wir unsere Situation aber mit dem vergleichen, was in unseren Nachbarländern passiert, dann fühlen wir uns hier doch sehr viel sicherer. Wir empfinden keine Panik.“

Quellen

Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)
Deutsche Welle (DW): www.dw.com
Human Rights Watch
Katholische Nachrichtenagentur (KNA)
Radio Vatikan, Newsletter
U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, 2014



Kirche in Not

ACN DEUTSCHLAND

Israel und die palästinensischen Gebiete

U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2015

www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/declaration%20of%20establishment%20of%20state%20of%20israel.aspx